Erscheint täglich nachmittags mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage.

Abonnementspreis monatlich 50 ₰, ¼jährl. 1.50 ℳ pränum. frei ins Haus. Durch die Post bezogen 1.65 ℳ

„Die Neue Welt" (Unterhaltungsbeilage), durch die Post nicht beziehbar, kostet monatlich 10 ₰, ¼jährlich 30 ₰

Volksblatt

Offizielles sozialdemokratisches Organ.

für Halle und den Saalkreis, die Kreise Merseburg-Querfurt, Delitzsch-Bitterfeld und die Mansfelder Kreise.

Insertionsgebühr beträgt für die 5gespaltene Petitzeile oder deren Raum 15 ₰, für Wohnungs-, Vereins- und Versammlungsanzeigen 10 ₰.

Inserate für die fällige Nummer müssen spätestens bis vormittags ½10 Uhr in der Expedition aufgegeben sein.

Eingetragen in die Postzeitungsliste unter Nr. 7065.

Redaktion und Expedition: Gr. Ulrichstraße 16, Eingang Völbergasse.

Telegramm-Adresse: Volksblatt Hallesaale.

Motto: Für Wahrheit und Recht.

Nr. 56. Donnerstag den 7. März 1895. 6. Jahrg.

Sturmvögel.

Klänge aus der vormärzlichen Zeit.

II.

Fürstendank für Völkerblut.

Das deutsche Volk hatte sein Wort eingelöst. Es hatte die Fürsten im eigensten Sinne des Wortes herausgehauen aus der Gefahr. Bei Bautzen, bei Dresden, bei Leipzig, in Frankreich, bei Waterloo, überall bleichten zu tausenden und zu zehntausenden die Gebeine deutscher Volkssöhne. Die Berufsheere waren samt ihren Berufsgeneralen dem Ansturm Napoleons beim ersten Anlauf unterlegen; das Volksheer, nicht gedrillt im Gamaschendienst, aber erfüllt mit der Glut der Begeisterung und geführt von Leuten, die der Volkskraft rasch entsprossen waren, hatte den unbezwinghar scheinenden Eindringling leicht überwunden. Das Volk hatte das Seine gethan, ohne Zaudern und mit unsäglichen Opfern. Jetzt hatten die Fürsten zu zeigen, daß auch sie ihre dem Volke gegebenen Gelöbnisse hielten. Sie hielten ihr Wort auf ihre Weise: sie hielten es nicht. Kaum war Napoleon nach Helena, seinem Verbannungsort, unterwegs, da waren auch vergessen alle Versprechungen, die man dem Volke gegeben hatte. Freiheit, gleiches Recht, Aufhebung der drückenden Oblasten hatte man dem Volke verheißen; schlimmere Fesseln, wie je zuvor, neue Bedrückung, schwerere Lasten wurden ihm zu teil. An Stelle der früheren Peitschen traten Storpionen. Das war der Dank, nicht bloß vom Hause Oestreich.

Der deutsche Einheitsgedanke war 1814 im Pariser Frieden geflissentlich zu Boden getreten worden durch die ausdrückliche Bestimmung: „Les états allemands seront indépendants et unis par un lien féderatif." (Die deutschen Staaten werden unabhängig sein und durch ein föderatives Band verknüpft.) Dieser Satz machte jede Verkörperung des Einheitsgedankens von vornherein unmöglich. Die politische Ohnmacht, zu der Deutschland seit Jahrhunderten verurteilt gewesen war und die durch die eben erwähnte Bestimmung des Pariser Friedens auch der zukünftigen Gestaltung Deutschlands eingeimpft wurde, war eine Folge der unseligen Viel- und Kleinstaaterei!

Die Völker hatten sich gesunden und fühlten sich als Deutsche; die Fürsten fanden sich nicht und verharrten in ihrem jämmerlichen, alles gesunde Fortschreiten ausschließenden Dünkel, in ihrer aufgeblasenen Selbstgefälligkeit. Lieber das Volk zehnmal verraten, als einmal ein Titelchen der eingebildeten Herrscherhoheit hergeben! Und die giftige Kreuzspinne, die unter dem Namen Metternich über Oestreich ihre Netze spann, war noch heimlich beflissen, Baiern und Württemberg streng davon abzuhalten, einen engeren Zusammenschluß der deutschen Staaten anzubahnen, wenn sie's gewollt hätten.

Doch nicht nur um den von allen reiferen Geistern schon längst als unerläßlich erkannten nationalen Zusammenschluß wurde das deutsche Volk durch die engherzige Selbstsucht der deutschen Fürsten und deren diplomatische Ränkespinner betrogen, sondern auch die Gedankenfreiheit wurde mit Säbel und Kerker verfolgt. Der Geist der Karlsbader Beschlüsse machte sich in den endlosen brutalen Bestrafungen der studentischen Burschenschaftler bemerkbar. Jahn, einer der eifrigsten Philister-Patrioten, als es sich um den Kampf gegen Frankreich handelte, wurde nach unendlichen Verfolgungen unter Polizeiaufsicht gestellt und durfte bis 1840 in keiner Stadt Wohnsitz nehmen, in der es eine höhere Schule oder eine Universität gab. Auch der patriotische Sänger Arndt wurde seines Professoramtes entsetzt; erst 1840 erhielt er seine Würde wieder zugesprochen.

Wo nur immer ein Funken freieren Geistes sich regte, da fuhr die Polizeifaust dazwischen und suchte ihn niederzuknicken. Nicht die Ruhe des Kirchhofs, die Ruhe des Zuchthauses wurde hergestellt. So verbittert waren die Gemüter, daß der badische Liberale Rotteck, der gewiß nicht im Verdachte radikaler Gesinnung stand, ausrief: „Bei einem Konflikt des konstitutionellen Frankreich mit den absolutistischen deutschen Großstaaten Oestreich und Preußen können die Sympathien eines liberalen Deutschen nur auf jener Seite stehen, nicht auf dieser."

So lohnten deutsche Fürsten dem deutschen Volke dessen Hilfe in der Stunde größter Gefahr, so hielten die Fürsten Wort, so sah Fürstendank für Völkerblut aus.

Deutscher Reichstag.

52. Sitzung vom 5. März, 1 Uhr.

Die zweite Beratung des Militär-Etats wird fortgesetzt bei dem Kapitel „Militär-Justizverwaltung".

Kriegsminister Bronsart v. Schellendorff: Abg. Bebel hat sich gestern in Erwähnung verschiedener Duellfälle darüber beschwert, daß die Verurteilten sehr bald begnadigt würden. Ich kann nicht auf alle einzelnen Fälle eingehen, da ich nicht genau darüber informiert bin. In einem Falle aus Hamburg aber, in dem sich Abg Bebel über das Verhalten eines Offiziers beschwerte, liegt mir ein Bericht vor, laut dem der Offizier von einem Zivilisten mit bedrängt worden war und diesem deshalb einen Denkzettel gegeben hat. Der Offizier verdiente jedenfalls nicht den Zuruf „Feigheit", der gestern von sozialdemokratischer Seite erscholl. Wenn mir Herr Bebel schließlich Naivetät vorgeworfen hat, so mag dies für ein junges Mädchen eine Schmeichelei sein, für einen Mann in meinem Alter jedenfalls nicht.

Abg. Bebel (freis. Volksp.) betont die Reformbedürftigkeit der Militärstrafprozeßordnung. Die Frage der Einführung einer neuen Militärstrafprozeßordnung ist hier im Hause schon ausgiebig erörtert, und immer sind wir mit Versprechungen getröstet worden. Ich bitte die verbündeten Regierungen, dahin zu wirken, daß es endlich in Deutschland zu einer einheitlichen Militärstrafprozeßordnung komme.

Abg. Bebel (soz.): Bevor ich auf das eigentliche Thema eingehe, muß ich auf die Aeußerungen des Kriegsministers zurückkommen. Er sah es als etwas Ungehöriges an, wenn ich gestern ausführte, die von mir angeführten Vorgänge bewiesen, wie tief wir gesunken seien. Mit dem Kriegsminister hat das ganz und garnichts zu thun. Er hielt es auch für eine Beleidigung, wenn ich ihm gegenüber von „Naivetät" sprach. Ich sagte ich glaube nicht, daß die Militärverwaltung so naiv sei, zu glauben ꝛc. Eine persönliche Spitze gegen den Kriegsminister lag darin nicht. Ferner fand er es nicht für angemessen, Abwesende anzugreifen. Wenn wir das nicht thun dürften, so wäre jede parlamentarische Kritik abgeschnitten. Es fragt sich stets nur, ob wir in den Grenzen der parlamentarischen Ordnung bleiben. (Sehr richtig!) Das ist geschehen, sonst würde der Präsident eingegriffen haben.

Präsident v. Levetzow konstatiert, daß er eingegriffen haben würde, wenn eine bestimmte Person der Feigheit beschuldigt worden wäre.

Abg. Bebel (fortfahrend): Ich konstatiere, daß der Ruf „Feigheit" aus dem Hause gekommen, von mir aber nicht gebraucht worden ist. Was den Fall Rabel anbetrifft, so wollte ich daran nur erweisen, wie verschieden gemeßt wird, wenn es sich um Offiziere oder Gemeine handelt. Und wenn der Kriegsminister meint, wir würden uns anders verhalten, wenn wir selbst auf die Gnade des Kaisers angewiesen wären, so erwidere ich, wir werden nie um Gnade bitten, wir wollen keine Gnade, sondern Recht, und sind Gegner des Gnadenrechts. Den Fall in Hamburg Altona auf der Wandsbeker Dampfbahn hat auch der Kriegsminister nicht anders darzustellen vermocht, als ich. Der Zivilist war kein Arbeiter, sondern Kaufmann, also aus einer Gesellschaftsklasse, die sich zu benehmen weiß. Das Benehmen des Offiziers erinnert lebhaft an den Fall Kirchhoff aus dem vorigen Jahre. Wenn sich aber ein Offizier so benimmt, wie im vorliegenden Falle, wo er einen wehrlosen Mann niedersticht, so wird das von oben noch verteidigt. Der Abgeordnete v. Vollmar hat in der bayrischen Kammer in einem ähnlichen Falle ebenfalls das Benehmen des Offiziers als Feigheit bezeichnet, und der bayrische Kriegsminister hat dazu geschwiegen. Ich komme nun zu dem eigentlichen Thema. Im vorigen Jahre wurde mit großer Mehrheit eine Resolution angenommen, in welcher um eine Statistik über die von den Militärgerichten abgeurteilten Strafthaten gebeten wurde. Der Bundesrat erwiderte, es könne dem Wunsche erst Rechnung getragen werden, wenn über die Militärstrafprozeßordnung endgültig Beschluß gefaßt sei. Das ist die bekannte Vertröstung, die wir so ziemlich von allen Kriegsministern seit 1870 bekommen haben. Bis jetzt läßt sich überhaupt noch nicht einmal übersehen, ob wir die Militärstrafprozeßordnung noch bis Ende des 19. Jahrhunderts bekommen werden. Im Falle Wendtlandt hat sich die Militärbehörde herausgenommen, die Strafe eines vom bürgerlichen Gerichte bereits abgeurteilten Mannes in der unerhörtesten Weise zu verschärfen.

Diese Militärstrafprozeßordnung steht im engsten Zusammenhange mit den Mißhandlungen. Ich will darauf nicht näher eingehen, sondern nur nachweisen, wie notwendig die Abänderung der M. Str. P. O. ist. Es ist bezeichnend, daß die Klagen über die Mißhandlungen und das Bestreben der Militärbehörde selbst, ihnen entgegenzutreten, seit mehr als 100 Jahren nicht im stande waren, den Mißständen ein Ende zu machen. Seit 1775 sind die verschiedensten Erlasse von Fürsten und Generalen in den preußischen Armeen gegen die Soldatenmißhandlungen ergangen; geholfen haben sie bisher ungemein wenig. In der Broschüre von Hermann Schüler wird gesagt, es gebe in keiner Kompagnie einen Mann, der nicht in seiner Rekrutenzeit geohrfeigt worden wäre. Hätten wir die militärische Jugenderziehung, so würde nicht der zwanzigste Teil der Mißhandlungen vorkommen. Auffällig ist auch, daß ich hier noch immer Fälle habe — der eine Fall ist aus Gotha vom November — wo Soldaten noch nach dem alten Modus bestraft wurden, weil sie sich nicht beschwert hatten. Das Strafmaß steht eben falls nicht immer im richtigen Verhältnis zu den Strafthaten. (Redner exemplifiziert dabei auf eine Reihe einzelner Fälle, die sich bei den 95ern, bei einem sächsischen Regiment, in Lübeck, Kulm, Stuttgart, Köln ꝛc. ereignet haben.) Ich meine, solche Vorgänge legen der Militärverwaltung die dringende Pflicht ans Herz, hier Wandel zu schaffen. Bei uns herrscht nicht Beschwerdeseuche, sondern bei uns wagen die Leute im Gegenteil nicht, sich zu beklagen. Das muß unter allen Umständen anders werden. Bei uns freut sich niemand wenn er zum Militär ausgehoben wird. (Lebhafter Widerspruch rechts); dagegen kann keiner die Zeit der Entlassung erwarten. (Beifall bei den Sozialdemokraten.) Es muß dahin kommen, daß die jungen Leute auch in der Uniform sich als Menschen fühlen können. (Beifall bei den Sozialdemokraten.)

Abg. Lenzmann (freis. Volksp.): Im vorigen Jahre wurde uns gesagt, es sei der Entwurf einer preußischen M. Str. Pr. O. in Vorbereitung begriffen. Was seitdem in den 12 Monaten geschehen, wissen wir nicht. Sollte aber die Sache noch nicht weiter

Anacharsis Cloots und die Hebertisten.

5] Von A. H.

[Nachdruck verboten.]

Es war am 18. Juni 1791, als Anacharsis von einem Onkel aus Cleve einen Brief erhielt, worin ihm dieser mitteilte, daß in Cleve und Trier nicht nur eine große Anzahl geflohener französischer Edelleute sich aufhielten, sondern auch die Ankunft der königlichen Familie täglich erwartet würde.

Hatte Anacharsis nun seit Jahren öffentlich Alarm geschlagen, so beruhigte er sich doch, als er abends am 19. Juni die Königin auf dem Boulevard spazieren gehen sah, welche sich in liebenswürdigster Weise mit aller Welt unterhielt, und zwar unter beständigem Lachen und Scherzen.

„Du bist doch ein schwarzgalliger Geselle, Anacharsis," sagte er zu sich selbst, „den sein Haß gegen das Königtum zu persönlicher Ungerechtigkeit gegen die braven Menschen der königlichen Familie verleitet hat."

Doch andern Tags morgens neun Uhr. Was ist das? Es läuten die Sturmglocken. Auf allen Straßen wird Generalmarsch geschlagen!

Der König, die Königin und der Kronprinz sind während der Nacht entflohen!

Anacharsis eilt auf die Straße. — Allein, sonderbares Schauspiel, keine Aufregung, keinerlei Unruhe und Bestürzung herrscht in Paris. Die Geschäfte werden geschlossen, die Klubs werden eröffnet.

„Niemals erichien mir Paris so bewunderungswert, wie heute," schrieb Anacharsis.

Um zum Klub der Jakobiner zu gelangen, mußte Cloots den Garten der Tuillerien passieren.

„Ein Schrei der Entrüstung entrang sich meiner Brust, als ich daselbst die Gesandten der mächtigsten Staaten Europas erblickte, welche sich gegenseitig gratulierten und den nahen Sturz der Volksherrschaft jubelnd verkündeten."

Der Klubsaal der Jakobiner war überfüllt, auch Anacharsis nahm das Wort und sprach unter anderem:

„Durch die Flucht des Königs ist nichts geändert, nichts verschlechtert, wir haben einen Staatsbeamten weniger zu ernähren, das ist alles. Seid Ihr nun endlich von Euerer Königsanbeterei kuriert? Ernennt einen provisorischen Geschäftsleiter statt des geflohenen Rebellen."

Dies war die erste ausgesprochene Forderung zur Errichtung einer Republik.

Am dritten Tage, als Anacharsis abermals die Tribüne des Klubs bestieg, traf die Nachricht ein, daß der König wieder eingefangen sei.

„Ergriffen durch Lafayette?" frug Cloots.

„Nein, ergriffen durch Frankreich selbst."

Cloots aber nahm dennoch aufs neue das Konzept seiner Rede aus der Tasche und forderte die Errichtung einer Republik und Bestrafung des rebellischen Königs, welchen er als Louis den Letzten bezeichnete.

Es war am 25. abends gegen halb 7 Uhr, ganz Paris hüllte sich in Schweigen. Louis der Entflohene wurde eingebracht als Gefangener des Volkes.

Abends erhob sich Robespierre gegen Anacharsis im Klub: „Halten wir fest an der Verfassung. Wir besitzen eine konstitutionelle Monarchie. Mit Errichtung der Republik werden wir nicht nur den Bürgerkrieg innerhalb Frankreichs entflammen, sondern wir stehen damit am Vorabend eines Weltkrieges gegen uns. Verhehlen wir uns nicht, daß die Errichtung der Republik das Signal sein wird, auf welches alle Despoten Europas gemeinschaftlich über uns herfallen werden. Und wer von uns will die Verantwortung für den glücklichen Ausgang dieses Weltkrieges übernehmen?"

Diese Anschauung Robespierre hatte ja sicher sehr vieles für sich, nicht aber in den Augen Anacharsis, welcher erwiderte, daß die Sklaven der Despoten im Falle eines Krieges die Fahne der Freiheit ergreifen würden. Er bezog sich auf das Zeugnis eines englischen Hauptmanns Tarleton, welcher gegen die Amerikaner gekämpft, diesen Jugendfehler aber dadurch zu sühnen entschlossen sei, daß er für die Menschenrechte zu den Waffen greifen würde; übrigens sei dies verfassungsmäßige Königtum den unbeschränkten Einzelherrschern Europas ebenso verhaßt, als die Republik selbst.

Anacharsis behielt in der That recht, denn dem konstitutionellen Frankreich wurde bald von allen Selbstherrschern Europas der Krieg erklärt.

Am 10. Juli wurde die Asche Voltairs, wie Anacharsis es vorgeschlagen, nach Paris eingebracht. Die Reste Voltairs ruhten nachts auf dem Place de la Bastille inmitten eines Rosenbouquet, welches man an der Stelle der Bastille errichtet hatte. Andern Tags war ein großer Festzug zu Ehren des Andenkens Voltairs.

Auf einem Karren erblickte man eine Proletariez-Amazone mit einer Pike und der Inschrift: „Letztes Beweismittel des Volkes."

Ebenso sah man in dem Festzuge die Schriftsetzer von Paris. Sie trugen eine Eiche mit silbernen Blättern und ihre Freiheitsmützen trugen die Inschrift: „Preßfreiheit! In Freiheit leben oder sterben."

Der gefangene Louis beobachtete diesen Festzug in Schweigen. Die Aristokraten knirschten mit den Zähnen.

Da Robespierre in dem Klub der Jakobiner die herrschende Persönlichkeit geworden war, so wendete sich Anacharsis dem Klub der Cordeliere zu.

Dieser Klub, so genannt nach dem verlassenen Kloster dieser Mönche, wo der Klub tagte, bestand zumeist aus Arbeitern. Diese, welche nicht solche staatsmännischen Bedenken wie Robespierre kannten, wurden von Cloots leicht für di

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-17067526218950307-15/fragment/page=0001

sein, so mag der Volksmund recht haben, welcher sagt, die Militärverwaltung wollte recht gern liberal reformieren, aber eine höhere Stelle wolle das nicht. Gegen die Oeffentlichkeit führte der Minister an, es könnten militärische Geheimnisse ausgeplaudert werden oder die Disziplin leiden. Das erstere könnte man vermeiden und der zweite Einwand würde ein böses Gewissen verraten. Ebenso haltlos sind die Einwände gegen die Mündlichkeit und Zuständigkeit. Weit dringlicher als die Reform der M.-Str.-Pr.-O. scheint mir übrigens die Reform des Beschwerdewesens, welches jetzt sehr im Argen liegt. In der Umsturz-Kommission wurde ausgesagt § 112 sei eigens bestimmt, die Disziplin in der Armee zu erhalten und diese vor der sozialdemokratischen Verhöhnung zu schützen. Das wollen auch wir, aber gerade darum wollen wir der Armee auch eine richtige Rechtspflege und richtige Gerichtsverfassung geben. Ich bin kein Gegner der Gnadeninstanz. Aber die Gnade soll immer die Ausnahme bleiben.

Kriegsminister v. Bronsart: Auf die Frage nach der Str.-P.-O. habe ich meiner vorjährigen Erklärung nichts hinzuzufügen (Lachen links) und nichts daran zu streichen. Das eine kann ich noch sagen: sollte ich erkennen, daß mir die Kräfte fehlen, eine M.-Str.-P.-O. zum Abschluß zu bringen, so würde ich Se. Maj. bitten, mir einen Nachfolger zu geben. Der Abg. Lenzmann sprach von einer „höheren Stelle", welche der Reform der Str.-P.-O. abgeneigt sei. Meint er die allerhöchste Stelle damit, so muß ich das mit aller Entschiedenheit zurückweisen. Auf die vom Vorredner gewünschten Details des Entwurfs der M.-Str.-P.-O. kann ich nicht eingehen, weil der Entwurf noch Gegenstand des Notenwechsels im Ministerium ist. Ich habe nichts davon gelesen, daß der Abg. v. Vollmar in der bairischen Kammer einem abwesenden Offizier Feigheit vorgeworfen hatte. Ich halte den Abg. v. Vollmar auch dazu für unfähig. Auf die vom Abg. Bebel angeführten einzelnen Fälle kann ich nicht eingehen, weil ich nicht vorbereitet bin. Ich habe nicht bestritten, daß Mißhandlungen vorkommen. Ich habe nur immer erklärt, es sei unser ernstliches Bestreben dem Uebel zu steuern. Es giebt gewisse Dinge, die nie aus der Welt zu schaffen sind wie Diebstahl, Körperverletzung ꝛc. In der Presse und auf Papier wird viel gelogen. Herr Bebel ist zu leichtgläubig. (Heiterkeit.) Es ist auch unrichtig, wenn er behauptet, die Leute gingen nicht mit Lust und Liebe zum Militär. Wie käme es sonst, daß seit Einführung der zweijährigen Dienstzeit die Zahl der Dreijährig Freiwilligen zugenommen hat? (Beifall rechts.)

Abg. v. Vollmar (soz.): Meinem Fraktionsgenossen Bebel muß meine Rede aus dem bairischen Landtag nicht ganz gegenwärtig gewesen sein, denn ich sagte damals mit Bezug auf den Offizierstand: „Die Ehre dieses Standes steht sonst ja außerordentlich hoch, aber einen Wehrlosen, völlig Widerstandsunfähigen zu beleidigen, zu mißhandeln, das scheint manchem Offizier keine Verletzung der Ehre zu sein. Ich für meine Person kann mir auf der weiten Welt nichts Ehrloseres denken, als die bewußte Kränkung und Mißhandlung eines Menschen, der nicht im stande ist, sich zu verteidigen."

Die abgeänderte Beschwerdeordnung hat den großen Vorzug, daß der Soldat sich mit Beschwerden nunmehr direkt an den Kompagniechef wenden darf. Dagegen ist es bedauerlich, daß die alte Bestimmung geblieben ist, wonach unwahre Anzeigen strafbar sind, auch dann, wenn sie bloß auf Leichtsinn beruhen. Es ist schwer, Kameraden als Zeugen zu bekommen, und selbst dann gleichieht es nicht selten, daß sie vor Gericht umschlagen. Selbst bei der größten Erleichterung des Beschwerdewegs werden sehr wenig Beschwerden weiter gegeben. Leider sind die Beschwerdevorschriften, die bei jeder Kompagnie sind, unter Verschluß des Kompagniechefs oder Feldwebels. Darüber ist kein Zweifel, daß die höchsten Befehlshaber sich bemühen, die Mißhandlungen zu beschränken. Auch in dem besorganisierten Heer, selbst in einem Miltzheer, werden Mißhandlungen vorkommen; denn der Krieg ist ein rauhes Handwerk. Es muß aber einen wunderbaren Eindruck machen, wenn wir die Disziplin unseres Heeres stets rühmen hören, daß jeder Mund verstummt, wenn der oberste Kriegsherr gesprochen hat, und wenn wir sehen, daß trotzdem die Kraftsprüche von hoher Stelle zur Verhütung von Soldatenmißhandlungen nicht befolgt werden. Die Mißhandlungen rühren zum großen Teil her von der Ueberarbeit beim Militär. Der Druck kommt von oben und wird, je tiefer er kommt, desto gröber. In zahlreichen Fällen haben Unteroffiziere Mißhandlungen gestanden und hinzugefügt, sie hätten sie nicht begangen, wenn sie nicht von oben den Druck erfahren hätten. Die meisten Mißhandlungen geschehen nicht auf den Exerzierplätzen, sondern auf den Mannschaftsstimmern. Deshalb müßten die Kompagnieoffiziere zu ungewohnter Zeit abends die Mannschaftsstuben revidieren.

Ebenso notwendig wie die Reform der Beschwerdeordnung der Mannschaften ist eine Aenderung der Beschwerdevorschriften des Offizierkorps und bezüglich der Führung der Qualifikationslisten. Mancher weiß nicht, wie er zu dem blauen Brief kommt. So wurde einem Offizier, der Major geworden ist, mitgeteilt, seine körperliche Kleinheit und Unansehnlichkeit mache ihn zum Oberstleutnant unfähig. (Heiterkeit.) Einer Aenderung bedarf auch das Verhältnis der zur Disposition gestellten Offiziere. Sie werden Geschworene, Schöffen und alles Mögliche, aber das hindert nicht, daß sie unter der Militärgerichtsbarkeit stehen. Besonders bezeichnend in dieser Beziehung ist der Fall eines Herrn aus der Berliner Hofgesellschaft.

Kriegsminister Bronsart v. Schellendorff: Ein Verbot, daß Soldaten, die sich beschweren wollen, bei anderen Personen Rat holen, besteht nicht, hat auch früher nicht bestanden. Es befinden sich auf allen Mannschaftsstuben Instruktionsbücher, in die ein Beschwerderecht eingeheftet ist. Bezüglich der Qualifikationslisten kann ich nur sagen, hat Abg. v. Vollmar andere Erfahrungen gemacht als ich. Wer sein Qualifikationsurteil zu erfahren wünscht, dem wird es vom Vorgesetzten nicht vorenthalten. Einige allerdings haben nicht das Bedürfnis, danach zu fragen. (Heiterkeit.) Da wir auf allen Gebieten bestrebt sind zu verbessern, kommen wir vielleicht auch zu einer Besserung des Beschwerderechts der Offiziere. Bezüglich der zur Disposition gestellten Offiziere kann ich nicht in Aussicht stellen, daß sie bei Aenderung der Strafprozeßordnung der Militärgerichtsbarkeit entzogen werden. Eine Bedeutung hatte der spezielle Fall, den Abg. v. Vollmar anführte, für mich nur insofern, als er während des Sommers den Zeitungen Stoff zur Spaltenfüllung gegeben hat, die dem Publikum gern etwas Sensationelles vorsetzen und namentlich den Leuten, die eine reiche Phantasie haben, Gelegenheit geben, aus den absurdesten Voraussetzungen noch abhurdere Schlußfolgerungen zu ziehen.

Abg. Dr. v. Marquardsen (natl.) giebt gleichfalls dem Wunsche nach einer Aenderung der Militärprozeßordnung im Sinne der bayrischen Vorschriften Ausdruck.

Abg. Bebel (soz.): Die vorgebrachten Thatsachen hat der Kriegsminister in keinem Punkte widerlegt. Daß jetzt mehr Freiwillige bei den Truppenteilen mit dreijähriger Dienstzeit eintreten, sei doch kein Beweis dafür, daß die Lust und Liebe zum Militär gewachsen sei. In einer Zeit des wirtschaftlichen Niedergangs gehen immer viele Leute, um eine Existenz zu haben, zum Militär.

Generalauditeur Ittenbach bestreitet, daß eine Beschwerdepflicht vorliege. Infolgedessen könne auch wegen Unterlassung einer Beschwerde keine Bestrafung eingetreten sein. Abgeordneter v. Vollmar hat bedauert, daß in der neuen Beschwerdeordnung die Bestimmung aufrecht erhalten ist, daß, wer wider besseres Wissen sich beschwert, streng bestraft wird. Dies ist eine Bestimmung des Militärstrafgesetzbuches, auf die in der Beschwerdeordnung nur aufmerksam gemacht wird. Es ist eine Thatsache, daß die Soldatenmißhandlungen qualitativ abgenommen haben.

General Major v. Gemmingen erklärt, seine Ausführungen über den Rückgang der Zahl der Bestraften seit Einführung der zweijährigen Dienstzeit hätten sich nur auf die Disziplinarabteilung des Gardekorps bezogen.

Abg. v. Kardorff (Reichsp.): Auch im Schweizer Milizheer kommen Mißhandlungen vor. Es ist klar, daß in dem großen deutschen Heer Dinge vorkommen können, die sich nicht gehören. Stolz sind alle, die Soldaten gewesen sind, auf ihre Regiment.

Abg. Graf Roon (deutschkons.): Ich habe als Bataillons und Regimentskommandeur mit meinen Kameraden immer dafür gesorgt, daß die Mannschaften gerecht und wohlwollend behandelt werden. Auch in Erziehungsinstituten werden die Zöglinge gepfischt (Heiterkeit) und das geschieht von gebildeten Leuten. Die ganzen Reden der Sozialdemokraten sollen ja nur die Grundlagen unseres Heeres untergraben. (Beifall rechts.)

Damit schließt die Debatte.

Persönlich bemerkt

Abg Liebknecht: Ich habe gestern den Zwischenruf „Feigheit" gemacht. Ich würde es für eine Feigheit halten, wenn ich das nicht zugeben würde. Ich weiß mich dabei eins mit dem ganzen gebildeten Deutschland. (Lebhafter Widerspruch rechts.)

Präsident v. Levetzow: Das gehört nicht zur Ordnung dieses Hauses. (Beifall.)

Das Kapitel „Militärgerichtsbarkeit" wird bewilligt, ebenso das Kapitel „höhere Befehlshaber" mit dem Kommissionsantrag, wonach von der Dienstzulage der kommandierenden Generäle (12 000 Mark) statt 300 M. 750 M. zu Büreaubedürfnissen bestimmt werden.

Im Kapitel „Gouverneure, Kommandanten, Platzmajore u. s. w." beantragt die Kommission, daß die Kommandantenstellen in Frankfurt a. M. und Rastatt nur noch als „künftig wegfallend" bewilligt werden sollen. Die Forderung für eine Kommandantur in Altona ist gestrichen worden. Gestrichen soll auch werden die Forderung von 7800 M. für eine Kommandantenstelle in Saarlouis.

Kriegsminister Bronsart von Schellendorff: Mir ist vorgeworfen worden, ich hätte bei der Wiederbesetzung der Altonaer Stelle einen Schlag gegen das Etatsrecht führen wollen. Für 7000 M. thue ich das nicht. (Große Heiterkeit.) Ich bitte die Herren, den Posten zu bewilligen.

Gemäß einem vom Abg. Dr. Schädler (Ztr.) gestellten und dem Abg. Dr. Enneccerus befürworteten Antrag wird die Position betr. die Kommandatur Altona an die Kommission zurückverwiesen. Im übrigen wird das Kapitel nach den Kommissionsanträgen genehmigt, worauf sich das Haus vertagt.

Nächste Sitzung: Mittwoch 1 Uhr. Schluß 5½ Uhr.

Tagesgeschichte.

Gegen die Umsturzvorlage wollen nun gar staats- und königstreue Professoren und Verleger der gemütlichen Stadt Leipzig protestieren, wozu auf heute (Mittwoch) abends 8 Uhr im großen Saale des Buchhändlerhauses in Leipzig eine Versammlung einberufen ist. Unter diesen Umständen erscheint es fast, als ob die in den letzten Tagen mit allem Vorbehalt kolportierte Nachricht, daß die Umsturzvorlage wahrscheinlich zurückgezogen werden würde (wie seinerzeit der Zedlitzsche Schulgesetzentwurf), doch einen gewissen thatsächlichen Hintergrund hat. Eventuellenfalls können die Leipziger Professoren dann noch mit dem billigen Ruhm prahlen, auch ihrerseits gegen die Umsturzvorlage angekämpft zu haben.

Der Zentralverein deutscher Kolportage-Buchhändler richtet an den Reichstag eine Petition, in der er auf Grund sehr reichhaltigen Materials die Bedeutung des durch die Abänderungsentwürfe zur Gewerbeordnung bedrohten Kolportage-Buchhandels darlegt und um die Abwendung der ihm drohenden Gefahren bittet.

Die nationalliberale Begeisterung gegen den Umsturz schwindet immer mehr dahin und weicht dem Gefühl stärksten Unbehagens. Der Hannov. Cour. dementiert bereits mit einem gewissen Behagen die Gerüchte, daß die Regierung die Umsturzvorlage zurückziehen wolle und sagt dann:

„Da die „Umsturzvorlage" eine Sammlung nicht unmittelbar zusammenhängender Paragraphen ist so ist es ja nicht unmöglich, daß schließlich für einige derselben eine annehmbare Fassung gefunden wird. In der Kommission ist dies nicht gelungen, im Gegenteil, und für die hauptsächlichsten Paragraphen kann es überhaupt nicht gelingen. Sie sind unter allen Umständen zu verwerfen. Wenn sich die Ueberzeugung hiervon weiteren Kreisen allmählich mitgeteilt hat, so kann sich das in erster Linie der Geh. Oberjustizrat Rinkelen zuschreiben, dem die Geschichte des Jahres 1895 zweifellos als „Totengräber der Umsturzvorlage" einige Reihen widmen wird. Auch Minister v. Köller gehört zu den Vertretern der Vorlage, denen es vorbehalten war, ihre Ansichten gründlich zu verschlechtern."

Der unabhängige Richterstand. Wie der Vorwärts meldet, hat der Präsident des Ober-Verwaltungsgerichts seinen Abschied eingereicht, weil er wegen Aufhebung des Verbots der Aufführung der „Weber" von dem Minister des Innern Herrn v. Köller angerüffelt und bei einer Hoffestlichkeit vom Kaiser unfreundlich behandelt wurde.

Im Reichstagswahlkreise Weimar ist infolge Ablebens des bisherigen Abgeordneten Kalmring eine Neuwahl notwendig geworden, welche auf den 25. April festgesetzt und wozu seitens der Freisinnigen der frühere Abgeordnete Sammhammer in Sonneberg aufgestellt ist.

Der Kriegsminister hatte es bisher abgelehnt, für das Heer Leder zur Verwendung bringen zu lassen, welches mit überseeischen Gerbstoffen gegerbt war. Nachdem vor einiger Zeit eine norddeutsche, mit überseeischen Gerbstoffen gerbende Lederfabrik dem Kriegsministerium das Anerbieten gemacht hatte, für eine Kompagnie Soldaten das Schuhzeug aus sogenanntem norddeutschen Leder unentgeltlich zu liefern, hat die Militär-Oekonomie Verwaltung des Kriegsministeriums dieses Anerbieten angenommen und der Fabrik die Lieferung des Leders für 100 Paar Stiefel übertragen. 50 Paar sind davon für Tragversuche und 50 Paar für fünfjährige Lagerversuche bestimmt. Die Stiefel werden in der Militärwerkstatt in Hamburg angefertigt.

Der Kaiser hat in Wien mit dem Herzog von Cumberland, dem hannoverschen Kronprätendenten, eine Unterredung gehabt. Daraus destillieren die Kannegießer, daß der Sohn des Cumberländers im Jahre 1898, bei Vollendung seines 18. Lebensjahres, Herzog von Braunschweig werden wird. Wir glauben dies nicht.

Der Oberpräsident von Ostpreußen, Graf von Stollberg, soll wegen seinen Erklärungen gegenüber dem Bunde der Landwirte in Sachen des Antrag Kanitz zur Demission veranlaßt worden sein. Für die Agrarier ist nach dem schönen Sonnenschein wieder einmal Aprilwetter eingetreten.

Neue Stegmüllereien. „Trau, schau, wem?" möchte man unseren Genossen immer von neuem zurufen, wenn sie sich an Kommunalwahlen beteiligen und dazu Kandidaten aufstellen. Kaum sind die sächsischen Stellmüllereien in Wurzen und Krimmitschau aufgedeckt und von der sozialistischen Presse gebührend kritisiert worden, so wird wieder ein ähnliches Stückchen aus dem Vaterländchen Reuß-Gera berichtet. Dort hat der sozialdemokratische Gemeinderatsvorsitzende Franz Kühn in Zwötzen beim Kircheneinweihungsrummel tapfer mitgemacht, den Eintritt eines anderen sozialdemokratischen Gemeinderatsmitgliedes, des Webers Ruderisch, in das erbprinzliche Empfangskomitee begünstigt, und selber 10 Mark zum Kirchenbaufonds gespendet. Dabei ist der Mann früher schon einige Jahre lang Gemeinderatsmitglied in Gera gewesen! Da meinen wir denn doch, daß es besser wäre, sich garnicht an den Kommunalwahlen zu beteiligen, als solche unsichere Kantonisten zu wählen. Derartige Fälle schaden der sozialdemokratischen Partei viel mehr, als man gewöhnlich annimmt.

Republik und den Grundsatz: „Kein König und keine Priester" gewonnen.

Die Rede, welche Cloots am 12. Juli 1791 dort hielt, ist für uns auch heute noch nicht wiederzugeben.

Am 14. Juli vereinigten sich die Cordeliere auf dem Marsfelde, um in einer Petition die Absetzung des Königs zu fordern. Die Beauftragten Robespierres entrissen ihnen die Petition.

Anacharsis ließ nunmehr Plakate in diesem Sinne anschlagen. Dieselben wurden entfernt. Am andern Abend um halb zehn Uhr ertönten Flintenschüsse. Die Mitglieder des Klubs der Cordeliere wurden von den Monarchisten und Aristokraten angegriffen und eine Anzahl getötet und verwundet.

Am 17. Juli 1791 sollte die Petition auf dem Marsfelde von allen freiheitlich gesinnten Bürgern von Paris unterzeichnet werden.

Danton und Camille Desmoulins sprachen dort zum Volke, allein der königlich gesinnte general Lafayette trieb die Republikaner mit Militär auseinander. Mehrere hundert Republikaner wurden hierbei niedergemetzelt.

Im Garten der Tuillerien erhoben die verkappten Aristokraten ihre Stimme und schrieen:

Das Ganze ist ein Komplott der Fremden unter uns, an deren Spitze der preußische Baron v. Gnadenthal steht. In den Journalen wurde Cloots angeschuldigt, Gelder verteilt zu haben.

„Gewiß," antwortete Cloots, „aber an freie Bürger zur Unterstützung des Kampfes für die Freiheit des Menschengeschlechts."

Zum erstenmale wurde von der Reaktion das Wort gebraucht: „Wir verlangen Ordnung!"

„Alle Schändlichkeiten," rief Anacharsis, „gegen die Freiheitskämpfer wurden begangen zur Herstellung der Ordnung. Und das Volk ließ sich verleiten."

Anacharsis aber entschuldigte das irregeleitete Volk mit dessen Unwissenheit. Aber bei seiner Rede erstickte die Traurigkeit seine Stimme. Anacharsis erwartete von dem verleiteten Volke niedergemacht zu werden, jedoch sah er seinem Tode mit Ruhe entgegen.

Jedoch ein Trost wurde ihm von unerwarteter Seite. Die Bürger der kleinen Republik Genf übersandten ihm eine Dankadresse, in welcher es unter anderm heißt:

„Mitmensch und Bruder! Du, welcher Du Gleichheit aller Menschen predigst, wirst auch Rousseau lieben. Auch wir, die Landsleute diesen großen Weisen, bedürfen eines Anacharsis Cloots, denn auch wir sind unterdrückt von einer Stadtaristokratie u. s. w. — Anacharsis, denke auch an Deine Brüder an dem Genfersee."

Cloots erwiderte im Sinne der braven Genfer Demokraten.

Aber Cloots hatte die Entschlossenheit nicht verloren. Wieder donnert er im Klub der Jakobiner gegen die Nationalversammlung und deren Bestreben, ein konstitutionelles Königtum zu errichten.

Die Sprache Cloots war glühend — fast maßlos. Es wurde ihm vom Vorsitzenden Coroller das Wort entzogen.

Cloots versuchte es mit Zeitungsartikeln. Sie wurden zurückgewiesen.

Er fühlte es, er stand allein.

Er war täglich der Ausweisung aus Paris gewärtig, welche bereits anderen zu teil geworden war.

Diesmal siegte in der That noch einmal der Gedanke der konstitutionellen Monarchie über die Republik, welche Cloots anstrebte. Der König erklärte sich bereit, die konstitutionelle Verfassung zu beschwören, was auch am 14. September 1791 geschah. Die konstituierende Nationalversammlung löst sich auf, eine neue Volksvertretung (gesetzgebende Versammlung) wurde gewählt. Die Volksvertretung bestand nur aus gemäßigten Demokraten, Girondisten und entschiedenen Demokraten unter Robespierre.

Der schlimmste Punkt der Verfassung war der, daß der König zu allen Bestimmungen und Beschlüssen der gesetzgebenden Versammlung erst „Ja" sagen mußte, bevor solche Gesetzeskraft erhielten. Dieses königliche „Veto" machte sich bald unangenehm geltend.

Den oben genannten beiden Parteien stand Anacharsis als Führer der Sansculotten (des Lumpen-Proletariats) gegenüber, welche Partei in der gesetzgebenden Versammlung 1791 aber nicht vertreten war, denn nur diejenigen Bürger besaßen das Wahlrecht, welche eigenen Besitz hatten, die Besitzlosen nicht.

Der Ausdruck Sansculotten (ohne Hosen) war ein Schimpfwort der Besitzenden gegen die Partei der Arbeiter, wurde aber von diesen angenommen und als Ehrennamen geführt, wie z. B. in dem holländischen Bürgerkriege Geusen (Bettler) ein stolzer Parteiname geworden war.

Es ist hier die Stelle, eine Klarlegung der leitenden Gedanken Cloots einzufügen, welcher — wie wir bereits gesehen — ein Vorkämpfer der Internationalität, d. h. Weltverbrüderung war.

In seinem diesbezüglichen Werke spricht sich Cloots wie folgt aus:

„Diese Weltnation der Zukunft wird aber nicht eine Verfassung besitzen, wie unsere heutige in Frankreich, wo diejenigen, welche ihr Blut für die Freiheit vergossen, vom Wahlrecht ausgeschlossen sind. (Die Verfassung vom Jahre 1791 sprach nur denjenigen Bürgern das Wahlrecht zu, welche mindestens drei Franken direkte Staatssteuer bezahlten.) Ihr freilich nennt jene Lumpengesindel „Sansculottes".

(Fortsetzung folgt.)

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-17067526218950307-15/fragment/page=0002

Ausland.

Paris. In der Deputiertenkammer wurde die Beratung des Kolonialbudgets fortgesetzt. Goblet sprach sich tadelnd über die Mißhandlungen aus, welche gegen die zur Zwangsarbeit Verurteilten verübt wurden, und behauptete, man hätte gewisse Anarchisten Fluchtversuche machen lassen, um sie ohne Urteil erschießen zu können. Kolonialminister Chantemps erwiderte, die angeführten Grausamkeiten wären nicht wahr oder in Abrede gestellt. Die Regierung hätte über die Flucht von Anarchisten eine Untersuchung eingeleitet.

Auf Grund des italienischen Anarchisten-Gesetzes wurde nach einer Meldung des Berl. Tagebl. der Millionär Pedretti aus Bergamo nach einer Strafkolonie verschickt.

Der Kongoskandal ist geradezu ungeheuerlich. Unser Brüsseler Bruderblatt, der Peuple, der dem gekrönten Gründer Leopold und seinen Spießgesellen die pharisäische Zivilisationsmaske abgerissen und sie als kapitalistische Buschklepper entlarvt hat, teilt in seiner Ausgabe vom 4. März noch eine Reihe wichtiger Einzelheiten mit. Der Plan war darauf angelegt — das zeigen die Ratschläge des Finanzbarons Hirsch — am Ende die Steuerzahler festzulegen. Wie die Zivilisation, um die es sich doch angeblich handelte, ausschaut, zeigt der vom König in Umlauf gesetzte Bericht oder richtiger gesagt Prospekt, worin es heißt: „Es ist unmöglich, daß die Aufschließung jener Gebiete durch 300 Kilometer Eisenbahn und durch Dampferverbindung kein gutes Geschäft sei: war doch dies Gebiet von 40 Millionen bevölkert, bringt in reicher Fülle die für den europäischen Verbrauch nötigen Erzeugnisse hervor und hat es doch 3390 Kilometer schiffbare Wasserstraßen. Afrika führt jedes Jahr nach Europa 500 Tonnen Elfenbein für 12 Millionen Mark aus; die Westküste liefert 60 000 bis 70 000 Tonnen Palmöl für 40 bis 48 Millionen Mark, die Ausbeutung der Erdnüsse an derselbe Küste liefert 80 000 Tonnen im Werte von 24 400 000 Mark. Diese drei Produkte liefern allein 130 500 Tonnen im Werte von 82 400 000 M." Dann werden die anderen Handelswaren aufgezählt, deren Ausfuhr durch den Ausbau des Verkehrswesens gewaltig steigen werde, und nachgewiesen, daß der Absatz unter günstigen Bedingungen möglich sei. „Das Tauschgeschäft wird um so vorteilhafter sein, besonders zuerst, als die Eingeborenen, daran gewöhnt, europäische Waren erst zu erhalten, nachdem sie durch die Hände von zwanzig Spekulanten gegangen sind, ihnen einen sehr hohen Wert beilegen und deshalb die ihrigen zu einem Preise abgeben, der in unseren Augen lächerlich niedrig erscheint." So sollten die Kultur und die Menschlichkeit nach Afrika gebracht werden. „Das Geschäft ist also gut," heißt es in dem Bericht, „und verdient, dem Exekutivausschuß der Afrikanischen Vereinigung empfohlen zu werden." Ein thatsächliches Monopol sollte am Kongo für die Gründer geschaffen werden. So enthüllt sich das Geheimnis der Humanität als Schachergeschäft. Ein lehrreiches Kapitel für die Völker!

Rußland. Das Wolff'sche Telegraphen-Büreau verbreitet folgende Depesche:

Petersburg, 5. März. Der Regierungsbote teilt mit: Der Justizminister lenkte seine Aufmerksamkeit auf die Verhältnisse, unter welchen Olga Palem, die der Ermordung des Studenten Downar in der Nacht zum 19. Februar angeklagt war, in einer unter Zuziehung von Geschworenen abgehaltenen Verhandlung des Petersburger Bezirksgerichtes freigesprochen wurde, obgleich die Thatsache des schweren Verbrechens vorlag. Der Minister beauftragte den Prokurator, gegen das Urteil Kassationsprotest beim Senate anzumelden, an den die Angelegenheit demnächst zur Revision gelangt.

Die Nachricht ist sehr geheimnisvoll und dunkel. Von der Ermordung eines Studenten Downar hatten wir garnichts gehört. Die Meldung erinnert an Vera Sassulitsch, die 1878 den Polizeichef Trepow niederschoß — aber nicht tötete — und von den Geschworenen freigesprochen ward. War der Student Downar etwa ein Polizeispitzel?

Das Frauenwahlrecht hat diese Woche wieder auf der Tagesordnung einer gesetzgebenden Versammlung in Amerika gestanden. Die Legislatur der englischen Kolonie Neu Braunschweig, Kanada, hat am Dienstag einen Gesetzentwurf, der den Frauen von gewissem Vermögen oder Einkommen das parlamentarische Stimmrecht erteilen wollte, nur mit einer Majorität von vier Stimmen abgelehnt. Man sieht, daß dieses „Frauenstimmrecht" zwar keineswegs ideal ist, daß aber immerhin die politischen Rechte der Frauen auch in den älteren anglo-amerikanischen Staaten an der Ostküste wenigstens der Verwirklichung näher rücken.

Parteinachrichten.

— Ueber einen Schwindler wird dem Vorwärts geschrieben: „Seit einiger Zeit unternimmt es ein Individuum — Berrüger oder Spitzel, gleichviel — sich unter meinem Namen Cl. Treves, früherer Redakteur des Grido del Popolo de Turin, an die Redaktionen deutscher Parteiblätter heranzudrängen. Es ist meine Pflicht und liegt in meinem Interesse, die Parteigenossen hierdurch darauf aufmerksam zu machen, daß jener Herr ein ganz gefährlicher Schwindler sein muß, denn alle jene Eigenschaften, die er sich zuschreibt und unter denen er versucht, sich in das Vertrauen seiner Opfer einzuschleichen, gehören mir. Hoffend, daß es bald gelingen möge, den Gauner zu entlarven, kann ich vorläufig nichts thun, als öffentlich vor ihm zu warnen, damit die Genossen sich vor ihm hüten. Dr. jur. Claudio Treves."

Der in Essen von unseren Genossen abgefaßte und von der Polizei so glimpflich behandelte Lumpazius ist ein großer Mann mit schwarzen Haaren im Alter von ca. 50 Jahren, während Gen. Dr. Treves ca. 26 Jahre alt sein dürfte, von Mittelgröße ist und rotes Kopf- und Barthaar hat.

— Zur Reichstags Nachwahl in Köln. Eine Partei-Versammlung in Köln stellte den Genossen Dr. Lütgenau, Redakteur der Rhein.-Westf. Arb.-Ztg. in Dortmund, als Kandidaten für den Kölner Wahlkreis auf.

— Zum Falle Becker erfährt das Saalfelder Volksblatt, daß unser Genosse vom Provinzialgefängnis in Mainz nach dem Zellengefängnis Busbach überführt worden ist, um die ihm zudiktierte Gefängnisstrafe (3 Jahre) in Einzelhaft zu verbüßen. Begründet wird die Maßregel damit, daß „der Strafgefangene Becker die mit ihm zusammenliegenden Gefangenen nicht mit der bestehenden Gefängnisordnung (!) unzufrieden mache!" Es genügt also nicht das höchste Strafmaß von drei Jahren sondern unser armer Genosse muß auch noch seine Strafe in geistötender Einzelhaft verbringen. Denn es ist kaum anzunehmen, daß dem Gen. Becker entsprechende Lektüre gewährt wird.

— Groben Unfug soll die Leipziger Volkszeitung durch einen Artikel über die Lage der Stadt Eisleben verübt haben. Die Mansfelder Gewerkschaft hat bei der Staatsanwaltschaft angefragt, ob nicht grober Unfug durch den Artikel, der zur Beunruhigung der Eislebener Einwohnerschaft nach sozialdemokratischer Hetzmanier beigetragen habe, verübt sei. Der betreffende Artikel war die streng sachliche Arbeit eines wissenschaftlichen Fachmanns.

— In Gera hat gestern eine Landtagsersatzwahl stattgefunden. Der Kandidat der Fortschrittspartei kommt mit 255 Stimmen gegenüber unserem Parteigenossen, welcher 231 Stimmen auf sich vereinigte, in Stichwahl.

Soziale Uebersicht.

— Stetzsch (Sachsen). „Die Gemeinde Stetzsch sucht zum 1. April d. J. einen Nachtwächter. Gehalt 350 M. pro Jahr. Bewerber wollen Gesuche nebst Zeugnissen bis 15. März an das Gemeindeamt allhier einschicken. In der Straßenarbeit Erfahrene werden bevorzugt. Stetzsch bei Dresden, den 25. Febr. 1895. Merbitz, Gem.-Vorst." — Stetzsch ist ein Ort mit etwa 1100 bis 1200 Einwohnern. Wie der zukünftige Nachtwächter von Stetzsch mit noch nicht ganz einer Mark täglich leben soll, wird wohl ewig ein Rätsel bleiben. Man traut seinen Augen kaum, wenn man dies Angebot liest.

Zur Arbeiterbewegung.

— Der Streik der Stettiner Steinsetzer, der vor nahezu einem Jahre seinen Anfang genommen, dauert fort. Er hat übewintert, es war gewissermaßen Bürgerfriedstand, da im Winter diese Arbeiten so wie so nicht ausgeführt werden können, bei Beginn der warmen Witterung wird er jedenfalls mit erneuter Kraft entfacht werden. In mehreren Beziehungen sind die Gehilfen in diesem Jahre im Vorteil. Erstens hat sich der Zustand der Straßen so verschlechtert, daß die Reparaturen, die der Magistrat im vorigen Jahre, um den Herren Innungsmeistern entgegenzukommen, nicht vornehmen ließ, sich jetzt nicht mehr aufschieben lassen. Außerdem ist dem Magistrat aufgedämmert, daß der Ring der Innungsmeister auch gegen die Stadt gerichtet ist, denn die Preise derselben waren immer gleich hohe. Die Sympathien des Publikums sind ebenfalls auf seiten der Arbeiter. Es steht also zu hoffen, daß, wenn der Zuzug ferngehalten wird, die Steinsetzer Sieger bleiben werden.

Lokales und Provinzielles.

Halle a. S., 6. März

Gelogen wie telegraphiert kann man angesichts einer Herold-Depesche ausrufen, welche hiesige bürgerliche Zeitungen, auch die Halesche Zeitung und der General-Anzeiger, ohne Bedenken abgedruckt haben, und nach welcher ein „hervorragender sozialdemokratischer Agitator" Geppert in Braubauerschaft bei Gelsenkirchen Frau und Kinder durch seine Brutalität in den Tod getrieben haben sollte. Von unseren rheinisch-westfälischen Parteiblättern wird übereinstimmend berichtet, daß von einem Parteigenossen Geppert ihnen nichts bekannt sei. Der betreffende Geppert, so heißt es in einer Zuschrift, die der Rhein. Zeitung aus Essen zugeht, hatte sich Mitte der 80er Jahre in das Vertrauen der Essener Genossen einschleichen wollen. Aber durch sein widerwärtiges Benehmen vereitelte der Mensch seine Bemühungen. In Gelsenkirchen hat derselbe eine Zeitlang das Vertrauen der Bergleute (niemals der Sozialdemokratie) besessen, bis er 1887 als Betrüger erkannt wurde. Er wurde damals sogar tüchtig durchgebläut, wofür einer der Beteiligten gerichtlich bestraft wurde. Bei der Behörde mag Geppert wohl bekannt sein, denn als er sich eine Zeitlang verbotene Zeitungen, zum Beispiel den Züricher Sozialdemokrat und die Freiheit kommen ließ, wanderten diese Zeitungen von Geppert direkt zur Polizei. Die Gelsenkirchener Genossen haben dementsprechend dem Menschen sehr mißtraut, ihn sonst aber garnicht beachtet. Also Geppert ist kein Sozialdemokrat, geschweige denn gar „hervorragender Agitator". Er ist ein durchaus unwichtiger, roher Bursche, dessen Genossenschaft wir entschieden zurückweisen. Unser Gewährsmann kennt alle Genossen des Reviers die einigermaßen hervortreten, persönlich; den Geppert kennt er nicht. Ein Blatt behauptet sogar, G. habe in der Ausstandsbewegung von 1889 eine Rolle gespielt. Auch das ist nicht einmal wahr, wiewohl wir als Sozialdemokraten mit dem Bergarbeiterstreik von 1889 nicht identifiziert werden können. Ein sonderbares Licht wirft es aber auf den „Helden des Ausstandes" von 1889, daß derselbe sich zuletzt in lohnender und leichter Stellung auf Zeche „Bismarck" befindet. Alle Bergleute, besonders die sozialdemokratischen, welche irgend eine Rolle in dem großen Streik gespielt, haben bis jetzt keine Arbeit. Dieser G. aber ist der besondere Liebling der Beamten. Das läßt tief blicken! Hoffentlich beeilt sich man das Depeschenbüreau Herold und ebenfalls die oben genannten Blätter, die von ihnen verbreitete infame Erfindung zu widerrufen!

Ein anderes Gesicht soll nach uns gewordenen Mitteilungen dem auf den Reklameplakaten des Zentral Anzeiger dargestellten Dienstmann angefügt werden, da ein hiesiger Dienstmann wegen der großen Aehnlichkeit des jetzigen Bildes mit seiner Person sich beleidigt fühlt. Wenn das neue Blatt sein Gesicht auch so schnell wechselt, dann ist seine Konkurrenz mit dem General-Anzeiger eine würdige.

Ein Anwärter der Ferienkolonien — wie es schien — wurde gestern mittag die Steinstraße herunter von zwei Polizisten verfolgt, bis er an der Ecke von Kleinschmieden stürzte, wobei er sich erhebliche Verletzungen des Gesichts zuzog. Der wahrscheinlich durch irgend eine Thorheit in diese Situation gekommene junge Mensch wurde zunächst auf die Polizeiwache befördert.

National-Theater Das bekannte Schauspiel „Muttersegen" geht heute, aufs Sorgfältigste neueinstudiert in Szene. „Das alte Lied", Schauspiel von Philippi, erobert sich einen dauernden Platz im Repertoir des National-Theaters — auch gestern ging dieses Schauspiel bei gesteigertem Erfolg über die Bühne und ist eine weitere Aufführung für Donnerstag angesetzt.

Für die Donnerstags-Sitzung des Schwurgerichts sind zur Verhandlung angesetzt die Anklagen wider 1. den Arbeiter Johann Frei zu Großdörner wegen versuchten Todschlages; 2. den Arbeiter Wilhelm Köhler aus Halle wegen versuchten Betruges und Urkundenfälschung.

Die Freuden der Ferienkolonie scheint der Kanonier Dohndorf des Magdeburgischen Fuß-Artillerie Regiments nicht genug zu würdigen verstanden zu haben; denn er schüttelte am 24. Febr. in seiner Garnison den Staub von seinen Füßen und wurde erst gestern hier ergriffen, um seinem Truppenteil wieder zugeführt zu werden. Daß so mancher doch dem „herrlichen" Los eines Vaterlandsverteidigers zu entrinnen sucht, läßt wahrlich auch tief blicken.

Schon am frühen Morgen, und zwar gestern in der siebenten Stunde gerieten sich einige Gäste eines am Markt belegenen Cafés in die Haare, und zwar derart, daß ein Holzhändler über dem rechten Auge eine derbe Wunde davontrug. Ob die Herren noch von früher da waren, oder schon wieder dem Cafe einen Besuch abstatteten, konnten wir nicht in Erfahrung bringen. Zu der Klasse gehörten sie auf alle Fälle, welche der Thätigkeit eines Arbeiters gegenüber mit der größten Ungeniertheit sprechen: Wir müssen auch arbeiten!

Zeitz. (Ein Nachtrag zur Eislebener Affaire.) Vor dem Schöffengericht in Zeitz stand kürzlich eine Anklage gegen den früheren Redakteur des Zeitzer Volksboten, Hoffmann, zur Verhandlung. Anlaß dazu bot eine Nachricht, die am 5. August **1891** erschienen und im Anschluß an die berühmte Prügelangelegenheit mitteilte, daß der reichstreue Bergarbeiterverein in Eisleben, dem die beiden Prügelheiden Liebau und Wunderlich angehörten, den Polizeisergeanten Köhler aus Eisleben zum Ehrenmitglied ernannt hätte. (Die genannten drei sind wegen der Affaire Eisleben zu hohen Freiheitsstrafen verurteilt worden.) Wegen dieser Notiz haben die Bergleute Liebau und Wunderlich Strafantrag gestellt. Hoffmann war vom persönlichen Erscheinen in der Hauptverhandlung entbunden. Rechtsanwalt Heine-Berlin als Verteidiger erschienen. Die Beweisaufnahme gestaltete sich sehr umfangreich; u. a. wurde das Urteil vom Gericht zu Eisleben verlesen, das gegen ¾ Stunden Zeit in Anspruch nahm. Die Zeugenaussagen, welche zur Verlesung kamen, sprachen zu gunsten des Angeklagten und erwiesen die Bergleute Liebau und Wunderlich als diejenigen, welche am 31. Mai 1891 im „Kronprinzen" zu Eisleben, wo eine Versammlung der sozialdemokratischen Partei stattfinden sollte, und die von den reichstreuen Bergleuten gesprengt wurde, als Anführer fungierten. Ebenso sagte ein Zeuge aus Zeitz zu ungunsten der Strafantragsteller aus. Nach Schluß der Beweisaufnahme beantragte der Amtsanwalt selbst Freisprechung. Nach kurzer Beratung verkündete der Vorsitzende die Freisprechung, indem erstens die Absicht und zweitens die Gründe der Beleidigung fehlen, ferner sei auch die Form, in welche sich die Notiz kleidete, nicht beleidigend gewesen.

Eisleben. Seit einiger Zeit leidet die obere Stadt an Gasmangel, da infolge der Erdsenkungen die Leitungsrohre erheblich gelitten haben und jedenfalls eine ganze Anzahl Brüche zu verzeichnen sind. Wie es scheint, wollen die Erdbewegungen jetzt nachlassen.

Eisenach. Ein seit längerer Zeit vermißter Hausierer aus Ostheim wurde zwischen Sondheim und Nordheim im Wasserlauf der Bahre am Ufer lehnend aufgefunden. Wahrscheinlich ist derselbe vom Wege abgekommen und hat im Wasser seinen Tod gefunden.

Vereine, Versammlungen etc.

— Am Sonntag den 3. März fand in Faulmanns Lokal eine öffentliche Zimmererversammlung mit folgender Tagesordnung statt: 1. Vortrag über die gegenwärtige Lage der Zimmerer und wie ist derselben abzuhelfen? 2. Betreffs des Gewerkschaftskartells; 3. Regelung des Generalfonds; 4. Verschiedenes. Zum ersten Punkt der Tagesordnung führte der Referent Genosse Gr. ungefähr folgendes aus: In anbetracht der jüngsten Vorgänge im Reichstage betreffs der Umsturzvorlage sei es wirklich zu bedauern, daß noch so viel Arbeiter in dem großen Irrtum befangen sind, als ginge ihnen dieses Gesetz nichts an. Würde die Vorlage Gesetz, so wären die Zimmerer nicht mehr im stande, eine öffentliche Zimmererversammlung abzuhalten; jedoch, meint Referent, würden sich unter den zielbewußten Arbeitern Leute finden, die mit diesem Gesetz rechnen könnten, um so einen Rückgang in der Arbeiterbewegung zu verhindern. Referent geht über auf die Maschinenarbeit und zeigt, wie die Ueberproduktion sich immer mehr geltend macht, und dadurch immer mehr Arbeiter brotlos würden. Es müsse demnach getrebt werden, daß nicht bloß den Besitzern der Maschinen und Produktionsmittel, sondern der Allgemeinheit die Vorteile derselben zu gute kommen. Zur Erreichung dieses Zieles empfiehlt Redner den stündigen Normal-Arbeitstag. Auch müsse regierungsseitig die Produktionsweise geregelt, und die Arbeiterschutzgesetze mehr ausgebaut werden. Ebenso sei die Vermehrung der Fabrik-Inspektoren aus den Kreisen der Arbeiter selbst notwendig; sodann Einschränkung und Regelung der Frauen und Kinderarbeit, sowie Einschränkung bezw. Abschaffung der Gefängnisarbeit, obligatorische Einführung von Arbeiterkammern und Arbeitsnachweisen. Hauptsächlich müsse allen die vollständige Koalitionsfreiheit gewährleistet sein. Als bestes Mittel zur Erreichung dieser Ziele empfiehlt Redner eine stramme gewerkschaftliche Organisation und einmütiges Eintreten der Arbeiter bei der Reichstagswahl für die sozialdemokratische Partei, weil diese die einzige Partei ist, welche für die Arbeiter voll und ganz eintritt. Nachdem über das Referat noch eine interessante Diskussion stattgefunden, wurde auf Antrag des Kassierers des Generalfonds beschlossen, den 3. Punkt als 2. zu verhandeln. — Die Abrechnung vom Generalfonds ergab für das verflossene Jahr eine Einnahme von 15.10 M., alter Bestand 42.96 M., also Summa: 58.06 M.; davon Ausgaben 22.66 M., bleibt Bestand: 35.40 M. Der Kassierer machte darauf aufmerksam, daß nach der Abrechnung schon wieder ziemliche Ausgaben gewesen sind und der Kassenbestand sich jetzt ungefähr auf 20 M. stellen würde. Die hallschen Zimmerer müßten deshalb in diesem Jahre mehr darauf bedacht sein, ihren Fonds zu stärken. Folgender Antrag fand Annahme: Jeder anwesende Zimmerer ist verpflichtet, eine Sammelliste anzunehmen und darauf nach Kräften, hauptsächlich auch unter den der Bewegung fernstehenden Zimmerern zu sammeln, die erhaltenen Beträge an den Kassierer an den bestimmten Tagen abzuliefern und hierfür die Quittungsmarken in Empfang zu nehmen. — Beim nächsten Punkte Gewerkschaftskartell, wurde folgender Antrag nach längerer Diskussion angenommen: Die heutige öffentliche Zimmererversammlung beschließt: in anbetracht der schlechten finanziellen Verhältnisse, und da wir mit Rücksicht auf die Anforderungen, welche das kommende Frühjahr an uns stellt, nicht im stande sind, dem Gewerkschafts-Kartell finanziell gerecht zu werden, sind wir gezwungen, unseren Vertreter so lange aus demselben zurückzuziehen, bis unsere Kassenverhältnisse bessere geworden sind. Nachdem die Anwesenden aufmerksam gemacht waren, daß in der nächsten Mitgliederversammlung am 16. d. M. eine wichtige Sache auf der Tagesordnung steht und Kamerad S. den Kollegen, welche das Volksblatt noch nicht lesen, dasselbe empfohlen hatte, wurde die wichtige, wenn auch freilich flau besuchte Versammlung geschlossen. F. N.

Aus dem Gerichtssaal.

Halle, 5. März. In heutiger Schwurgerichts-Sitzung kamen 2 Sachen zur Verhandlung, beide unter Ausschluß der Oeffentlichkeit, da Sittlichkeitsverbrechen vorlagen. Die erste Sache hatte den höchst ungewöhnlichen Fall zum Gegenstande, daß ein Vater gegen drei seiner leiblichen Töchter, gegen sein eigenes Fleisch und Blut in schändlichster Weise gewütet und das Unnatürlichste begangen hatte, was man sich denken kann. Ueber den Fall haben seinerzeit die hiesigen Zeitungen kurz berichtet, auch über die am 11. Dezember v. J. erfolgte Verhaftung des Thäters. Es ist der Handarbeiter Ferdinand Rehfeld in Giebichenstein, 44 Jahr alt, aus Lettin gebürtig, Familienvater von 6 Kindern im Alter von ¾ bis 17 Jahren. Vergangen hatte er sich in angedeuteter Weise zu wiederholten Malen gegen seine ältesten Töchter im Alter von 16½, 14¼ und 12½ Jahren, was er in der Hauptsache einräumt. Durch Angetrunkenheit wollte er auf den Gedanken gekommen sein, sich an seinen Töchtern zu vergreifen; anscheinend fühlte er Reue über seine Verbrechen. Die Verhandlung endete mit Verurteilung des in 3 vollendeten und 2 versuchten Fällen nach §§ 177, 173, 176 3 St.-G.-B. schuldig befundenen Angeklagten zu 8 Jahren Zuchthaus und 10 Jahren Ehrverlust. Mildernde Umstände waren ihm von den Geschwornen nicht zugebilligt und die empfindliche Strafe mit Rücksicht auf die Erheblichkeit erwähnter Fälle wie geschehen bemessen worden. — Zur zweiten Sache erschien als Angeklagter der Fabrikarbeiter August Krause aus Merseburg, 38 Jahre alt, verheiratet und Vater von 2 Kindern, bisher unbestraft. Er wurde schuldig befunden des Verbrechens der gewaltsamen Vornahme unzüchtiger Handlungen an einer Frauensperson ohne Zubilligung mildernder Umstände. Als Strafe erhielt er 1 Jahr 3 Monate Zuchthaus und 2 Jahre Ehrverlust. Verübt hatte er die Strafthat am 23. Juni v. J. in Merseburg an einem ganz unbescholtenen 15½jährigen Dienstmädchen nach vorangegangenen unziemlichen Belästigungen. Wegen Fluchtverdachts erfolgte seine Verhaftung.

Aus dem Reiche.

Berlin. Als ein Zeichen der herrschenden Arbeitslosigkeit können auch die Anfragen um Beschäftigung im — Kriminalgebäude betrachtet werden. Ein Berichterstatter schreibt darüber: Ein großer Andrang von „Gerichtsdienern" besteht seit kurzer Zeit an den Berliner Amtsgerichten. Der zur Veröffentlichung gelangte Mangel, daß jetzt sogar Soldaten in Uniform den Gerichtsbotendienst versehen, hat zur Folge gehabt, daß jeden Morgen ganze Scharen von Arbeitslosen sich melden, um zum Botendienste herangezogen zu werden. Da kommt einer in langen Schmierstiefeln und verlangt, indem mit dem Schneesegen nichts mehr zu verdienen ist, als Gerichtsdiener seine Anstellung. Noch seinen Emmessen kann er an den Dienst, die Akten von einer Abteilung zur anderen zu tragen, genau so korrekt versehen, wie die Soldaten. Ein anderer wieder behauptet, ebenso gut berechtigt zu sein, als Militäranwärter angestellt zu werden, wie die älteren

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-17067526218950307-15/fragment/page=0003

Gerichtsboten; er habe auch seiner Militärpflicht genügt und sogar die feldzüge mitgemacht, ob man gerade den Zivilversorgungsschein besitze, darauf könne es bei einem so gering bezoldeten Dienste doch wahrlich nicht ankommen. Ein dritter ist wieder gern bereit für 68 75 M. (so viel beträgt das Monatsgehalt der Gerichtsdiener bei achtstündiger Arbeitszeit) den Dienst vorläufig anzunehmen, bis es ist zum Frühjahr die Arbeit wieder beginnt, denn nach seiner Berechnung könne man mit einer Familie unter 3 M. pro Tag nicht leben. In dieser Weise werden jetzt täglich die Kastellane der Gerichte von unzähligen stellungsuchenden „Gerichtsdienern" mit Anfragen und Gesuchen bestürmt. Natürlich müssen dieselben Kehrt machen oder werden zum ersten Gerichtsschreiber gesandt, der die anfragenden Kandidaten ebenfalls abweist. Der Mangel an Gerichtsdienern aber bleibt, da der Etat für neue Anstellungen noch nicht bewilligt ist.

Rathenow. Der Bursche eines Husarenrittmeisters beging einen Selbstmordversuch durch Aufschneiden der Pulsader aus Furcht vor Strafe. Welche treffliche Illustration zu dem jüngsten Loblied des preußischen Kriegsministers und seiner Getreuen auf den Militarismus!

Trier. Das Gnadengesuch des katholischen Pastors Stöck, der wegen Kindesentziehung zu drei Monaten Gefängnis verurteilt wurde, ist abgewiesen worden.

Leipzig. Wegen Vergehens gegen die Sittlichkeit (§ 183 des Strafgesetzbuches) wurde ein 18jähriger Kontorist von hier in Haft genommen.

Wurzen. Die Neue Wurzener Zeitung berichtigt die Mitteilung, daß sozialdemokratische Stadträte und Stadtverordnete für die Ernennung Bismarcks zum Ehrenbürger gestimmt hätten. Sie stellt fest, daß dem Stadtrat nur ein, dem Stadtverordnetenkollegium nur vier Sozialdemokraten angehören, die auch sämtlich gegen jene Ernennung gestimmt haben. Außerdem gehören beiden Kollegien eine Anzahl oppositionneller bürgerlicher Mitglieder an, von denen ein Teil zustimmte, ein anderer eine ablehnende Erklärung abgab, die als „Stimmenthaltung" gedeutet wurde. — Alle anderslautenden Mitteilungen seien völlig unwahr.

Plauen i. V. Für den Aberglauben, in dem ein Teil der vogtländischen Bevölkerung noch befangen ist, bietet nachstehender, eben zur Kenntnis der Polizei gelangte Fall wieder einen Beweis. Eine 65jährige Witwe, die hier ein ganz einträgliches Geschäft als „Eierseherin" (Wahrsagerin) betrieb, hat die Dummheit einer Reihe von Mädchen auch noch in der Weise auszubeuten verstanden, daß sie die Mädchen glauben machte, sie könne die ihnen untreu gewordenen Liebsten wieder fesseln. Die Mädchen haben der Betrügerin dafür ganz namhafte Beträge gezahlt. Eine Fabrikarbeiterin ist dadurch allein um 105 M. (!) von der Schwindlerin gebracht worden.

Wie man im modernen Staate die Zufriedenheit fördert. Dem Tauber und Frankenboten wird aus Baden gemeldet: „Vor kurzem ging der Sohn einer armen Familie in den Eberstadter Wald, um Tannenzapfen zu brechen. Kaum hatte er eine Handvoll, so kam der Waldhüter. Der Knabe nahm Reißaus und ließ seine Zapfen zurück. Der Waldhüter suchte ihn aber zu ermitteln und ging deshalb zweimal nach Hettingen. Zuletzt suchte er ihn, weil er noch Schüler war, auch in der Schule. Der Vater suchte die Sache zu vertuschen, aber umsonst; der Knabe sollte seiner Strafe nicht entgehen. Denn der Frevel betrug ja 10 Pfg. Es wurden ihm wirklich zwei Tage Haft zugesprochen, welche er bei der grimmigen Kälte absitzen mußte, d. h. nur bei Nacht, bei Tag mußte er die Amts- und Gefängnistreppen vom Schnee reinigen und obschon dürftig gekleidet, immer außerhalb arbeiten, des Nachts aber hinter Schloß und Riegel erst recht die Kälte ertragen. Zu Hause angekommen, mußte er sich bald ins Bett begeben, denn er hatte sich dadurch eine schmerzhafte Krankheit zugezogen, die nach vier Tagen den Tod herbeiführte. Die Hoffnung, daß er seine schon alten Eltern unterstützen werde, ist dahin. Möge die ewige Gerechtigkeit mit ihm nicht so strenge verfahren, wie die weltliche." — Wir denken, die armen Eltern werden sehr wenig an die ewige Gerechtigkeit denken; aber diese Erbitterung und Haß gegen eine Gesellschaftsordnung, die für einige Tannenzapfen ein junges Leben fordert, wird und muß sie erfüllen.

Der ehemalige antisemitische Reichstags-Abgeordnete Leuß wird sich nun auch noch wegen Verleitung zum Meineide zu verantworten haben, während Frau Dr. Schmitz des letzteren Delikts angeklagt ist. Beide haben sich am nächsten Sonnabend vor dem Schwurgericht zu Hannover zu verantworten.

Vermischtes.

* **Die aus Berlin verschwundene Millionärstochter** ist wieder da. Ida hatte eine Freundin in Frankfurt a. O. ein bißchen überraschen wollen und sich zu diesem Zweck auf die Beine gemacht, auch ohne Papa und Mama zu instruieren. Zeigt ist das gute Kind glücklich wieder daheim.

* **In der Angelegenheit der verhafteten Gräfin Perponcher** steht es fest, daß dieselbe in der That die rechtmäßige Gattin des ehemaligen Referendars und jetzigen Rittergutsbesitzers Grafen P. ist. Letzterer ist auf dem schnellsten Wege aus Kairo nach Berlin geeilt und dürfte baldigst vor dem Untersuchungsrichter vernommen werden.

Soldatenselbstmorde sind eine notwendige Folge des Militarismus und kommen in allen Militärstaaten nur zu häufig vor. In Wien hat neuerdings ein Militärbeamter, Paßk. sich selbst erschossen, weil er die Quälereien, denen er ausgesetzt gewesen, nicht mehr ertragen konnte. Und alle diese Quälereien hatten ihre Ursache darin, daß Paßek einmal über ihm angethanes Unrecht Beschwerde führen wollte. Auch in Oestreich ist aber die Ausübung des militärischen Beschwerderechts höchst gefährlich, und wie anderwärts so ist das es auch hier dazu geführt, daß dem Gequälten kein anderer Ausweg als freiwilliger Tod blieb.

* **Der Kanarienvogel als Lebensretter.** Eine Rettung aus Lebensgefahr durch einen Kanarienvogel gehört gewiß nicht zu den alltäglichen Vorkommnissen. Ueber einen solchen seltenen Fall wird der Königsb. Allg. Ztg. aus Pillau folgendes berichtet: Herr S. hat einen Kanarienvogel, der sehr zahm ist, auf einen Pfiff seines Herrn den Käfig verläßt, sich auf seinen Schreibtisch setzt und neugierig dem emsigen Schreiben zusieht, den Zucker aus dem Munde mit seinem Schnäbelchen pickt und dann liebkosend und dankend sein Köpfchen an den Wangen des gütigen Spenders reibt, kurz der beste Freund seines Herrn ist. Nun hatte Herr S. die Gewohnheit, abends, wenn er sich zu Bett legte, noch zu rauchen. Eines Abends aber schlief er dabei unversehens ein. Nicht lange konnte er indes geschlafen haben, als ihn ein Picken an seinen Lippen weckte. Aus seinem Schlummer auffahrend, fand er die Stube voller Rauch und bemerkte dann auch ein an der Decke sich ausbreitendes Glimmen. Die brennende Zigarre war seiner Hand entfallen, auf der Decke liegen geblieben und hatte das Oberbett entzündet. Sein kleiner Freund, der ängstlich im Zimmer hin- und herflatterte, hatte ihn aus schwerer Gefahr gerettet.

* **Nizza,** 5. März. In Monte-Carlo erschoß sich ein Polizeiinspektor Namens Jouffroy, der 14 000 Franken ihm anvertrauter Gehaltsgelder verspielt hatte.

* **Venedig.** In Porto Mauritio stürzte sich ein elegant gekleideter Fremder in einen Abgrund und blieb tot. Nach vorgefundenen Karten dürfte er ein russischer Graf sein, der wegen großen Spielverlusten in Monte Carlo Selbstmord verübt hat.

* **Die spanische Justiz** schildert eine Korrespondenz des Hann. Cour. aus Madrid als eine unerhörte. Die Richter handeln lediglich nach den Winken, die sie von politischen Persönlichkeiten erhalten, wofür sich ihnen diese durch Beförderung dankbar erzeigen. Unliebsame Leute werden einfach verhaftet und so lange im Gefängnis festgehalten, wie es das Interesse ihrer Gegner erheischt. Zwischen 1887 und 1891 wurden 97 475 Personen verhaftet und im Jahre 1892 — weiter geht die Statistik nicht — 19 500 Personen, die nach längerer Haft freigelassen wurden, ohne daß man eine Anklage gegen sie erhob. In einem Städtchen der Provinz Ciudad Real ließ der Untersuchungsrichter auf Grund einer anonymen Denunziation den Arzt und den Apotheker ins Gefängnis werfen, wo sie gehn Monate verblieben, ohne daß etwas gegen sie vorlag. Ein anderer Apotheker und Arzt, Partisane der jetzt herrschenden politischen Partei, hatten dies einfache Mittel gewählt, um sich die Kundschaft der Verhafteten zu erwerben. In Cercecca befinden sich seit Monaten 42 Personen im Gefängnis, denen es nicht einmal gelingt, sich wegen der gegen sie erhobenen Beschuldigungen zu verantworten. Die Opposition hat nun beschlossen, ein Gesetz, das die Richter verantwortlich macht, einzubringen.

* **Ein neues Gas** in der atmosphärischen Luft haben die englischen Professoren Rayleigh und Ramsay entdeckt. Sie nennen es Argon und haben nachgewiesen, daß es fast ein Prozent der Luft ausmacht.

* **Ein sonderbares Testament** hat ein vor einigen Tagen in Putney (England) verstorbenes 78jähriges Fräulein Hetty Bloomer hinterlassen. Ueber ihr Vermögen von 40 000 Pfund Sterling hat sie folgende Bestimmung getroffen: „Ich bin nicht aus freiem Willen ledig geblieben, dreimal war ich verlobt, um dreimal von treulosen Männern verlassen zu werden. So bestimme ich, daß die Zinsen meines Vermögens alljährlich an meinem Todestage an fünf unvermählte Damen verteilt werden sollen, die das vierzigste Lebensjahr überschritten haben und bezeugen können, daß bei ihnen ein Verlöbnis durch Verrat des Mannes zu nichte geworden." Der Schlußsatz lautet: „Wenn in irgend einem Jahre keine Bewerberinnen sich melden sollten, was ich aber bei der Verderbtheit der Männer für unmöglich halte, möge man die Zinsen zum Kapital schlagen."

* **Die junge Kaiserin von China** hat Selbstmord begangen, was am Hofe zu Peking noch ein schweres Strafgericht für den höchsten Beamten des Palastes zur Folge gehabt hat. Es wird darüber geschrieben: Nur zwei Männer giebt es im ungeheuren Reiche der Mitte die jederzeit zum Kaiser Zutritt haben und mit ihm ohne weiteres Zeremoniell sprechen dürfen. Der eine ist der „vortragende Rat des Guten", der über jede des Lobes werte That eines Chinesen, sei dieser nun Prinz oder Bettler, dem Herrscher zu berichten und eine Belohnung zu beantragen hat, der andere ist der „vortragende Rat des Bösen". Er bekleidet den höchsten Rang der Seniorenwürde. Denn es liegt in der Natur dieses Amtes, daß sein Inhaber der gefürchtetste Mann im Staate ist, weil in seiner Hand das Schicksal auch der Größten unter den Großen ruht. Seit zehn Jahren hatte diese Würde Au Ju schung inne und hinauf bis Gihung tschang zitterte das Heer der Beamten vor diesem Zensor. Da nahm er die Gelegenheit wahr, anläßlich des Selbstmordes der Kaiserin vor der Kaiserin Witwe Beschwerde über den Kaiser zu führen, daß dieser seine Gemahlin lieblos behandelt und so deren Tod verschuldet hätte. Die Kaiserin Witwe setzte ihren Sohn deshalb zur Rede, der darob in großen Zorn geriet und seiner Mutter versicherte, daß der Zensor ihn schmählich verleumdet habe. Das Unglück des Vaterlandes habe seine Frau melancholisch gemacht und in einem solchen Anfalle von Schwermut habe sie Hand an sich gelegt. Das sei eben das Schmerzlichste für das junge Kaiserpaar gewesen, zu sehen, wie die Katastrophe den Leuten so wenig zu Herzen ginge. Darum konnten sie auch nicht begreifen, daß andere die Schmach tief empfänden, und deshalb habe der Hof auch nach anderen Motiven für die traurige That gesucht. So sprach der Kaiser. Dann berief er sich auf das Gesetz, das den Zensor, der wissentlich Falsches berichtet, streng bestraft, und verfügte: „Au-Jung schung hat außerhalb der großen Mauer zu wohnen. Seinen Unterhalt hat er sich selbst zu verdienen. Sein Vermögen fällt dem Staatsschatz anheim. Seine Familie hat ihn zu begleiten." Danach geschah es, und heute arbeitet in der Mongolei als Chausseearbeiter derselbe Mann, vor welchem noch vor einem Monat 400 Millionen Menschen zitterten. — In Deutschland hat man für solche Leute wenigstens noch einige Steuergroschen, die sie — wenn sie wollen — auch „unter sonnigeren Breiten" gemütlich verzehren können.

Quittung.

60 Pf. für Parteizwecke von der schwarzen Kolonne aus der Roßmarkthalle erhalten. Paul Böttcher.

Vom Geburtstag bei Haase 1.10 M. fürs Volksblatt.

Briefkasten der Redaktion.

F. N. Beim Austritt aus der Landeskirche hat man innerhalb des Anfangs der vierten bis vor Ablauf der sechsten Woche nach der ersten Meldung noch einmal persönlich seine Austrittserklärung auf dem Amtsgericht zu wiederholen.

Standesamtliche Nachrichten.

Halle, den 5 März.

Aufgeboten: Der Graveur und Ciseleur Emil Braun und Margarethe Kranz (Schulstraße 12 und Weidenplan 4). Der Bergmann Friedrich Brandt und Anna Ohme (Mansfeld und Domplatz 3). Der Schlosser Gustav Kroh und Anna Bonge (Zeitz und Kanzleigasse 3). Dem Hilfswagenmeister Otto Sachtleben und Marie Katte (Scalberg 16). Der Predigtamts Kandidat Erich Eußell und Marie Weidling (Schönebeck und Laurentiusstraße 7). Der Schriftsetzer Wilhelm Schubert und Maria Matthäus (Georgstraße 2 und Schmeerstraße 4). Der Tischler Heinrich Elend und Luise Bodenhagen (Marienstraße 1 und Karlstraße 4). Der Gummiwarenhändler Hermann Schaaf und Luise Pauling (an der Moritzkirche 4 und Dorotheenstraße 17). Der Xylograph Richard Hantzsch und Bertha Scheigert (Dresden). Der Geschirrführer Friedrich Otto und Minna Appenroth (Halle und Köchstedt). Der Gärtner Paul Liebmann und Ida Weiske (Geiststraße 36 und Schenkenberg).

Geboren: Dem Handarbeiter Hermann Kobs eine T., Anna Ida (Schützerstraße 2). Dem Handarbeiter August Peter ein S., Friedrich Wilhelm (Feldstraße 4) Dem Bahnarbeiter Karl Jäntsch eine T., Marie Martha (Streiberstraße 7). Dem Maler Adolf Eckert eine T., Hedwig (Leipzigerstraße 6). Dem Metalldreher Franz Leuschner ein S., Willy Franz (Berlinerstraße 32). Dem Stadtbahnwagenführer Lorenz Klemczak ein S., Johann (kleiner Sandberg 22). Dem Dachdecker Otto Müller eine T., Kordelia Ella (Thorstraße 36). Dem Musiker Hermann Hamel ein S., Walther Fritz (Parkstraße 6). Dem Former Gustav Bau ein S., Hermann Willy (Königstraße 23). Dem Former Wilhelm Kühne eine T., Anna Martha Marie (am Bahnhof 4) Dem Feldwebel Paul Böhme eine T., Charlotte Margarethe Gertrud (Thorstraße 49). Dem Uhrmacher August Garmshausen eine T., Klara Dora (Harz 28).

Gestorben: Des Musiker Otto Trentsch S. Ottomar, 3 W. (Geiststraße 31). Des Handarbeiter Heinrich Albracht T., totgeb. (Brunnenplatz 11). Der Student der Pharmacie Ernst Müller, 29 J. (Klinik). Der Maurer Wilhelm Muth, 29 J. (kleine Ulrichstraße 9). Des Stellmachermeister Wilhelm Janicke T. Sophie, 4 M. (Wuchererstraße 1). Des Töpfermeister Karl Baaß Ehefrau Anna geb. Ulrich 32 J. (große Schloßgasse 14). Der Kuchbäcker und Hofpitalvater Wilhelm Letius, 68 J. (Gerrietteństraße 35). Anna Schmidt, 17 J. (Klinik).

Für die Redaktion verantwortlich: F. Schreckenberger in Halle

Soeben eingetroffen:

Der wahre Jakob Nr. 225.

Preis 10 Pf.

Zu beziehen durch **Die Volksbuchhandlung.**

Zur Einsegnung
empfehle
Konfirmanden-Anzüge
von 7, 8, 9, 10, 12 bis 20 M
B. Renners Nacht.
66 Leipzigerstraße 66.

Donnerstag
Schlachtefest.
W. Belger, Lessingstraße 32.

Medizinal-Lebertran,
best- Marke,
empfiehlt die Drogenhandlung gr. Ulrichstr. 9, neb. Mars la-Tour. F. A. Patz.

Zur Schneiderei
für Damen- u. Herrenzwecke offeriert:
Futterstoffe sonst. Zuthaten
zu billigsten Preisen bei großem Sortiment.
F. C. Wissell
Markt 11
Spezialgeschäft für Futterstoffe und Schneiderartikel
seitwärts der Spindler'schen Färberei.

Kartoffeln.
Erhalte täglich Zufuhr von sehr gut kochenden Magnum bonum und Kreuz-Kartoffeln, nur frostfreie Ware, und empfehle selbige zu billigsten Tagespreise.
Fr. Probst, kl. Klausstr. 14.

Speise-Kartoffeln
treffen wieder regelmäßig ein und sind in großen und kleinen Posten abzugeben.
Franz Enke.

Kartoffeln.
Sehr schöne Speise-Kartoffeln kauft man jetzt frostfrei und sehr mehlreich bei
Hermann Weiland
Giebichenstein, gr. Brunnenstr. 18
Eingang auch Eichendorffstraße.

Herren- u. Knaben-
Hüte und Mützen
in neuester Façon u. großer Auswahl zu billigsten Preisen empf.
Gebr. Zuber.
gr. Ulrichstr. 37.
Billige Konfirmandenhüte

Stadt-Theater in Halle.
Donnerstag den 7. März.
163 Vorst. 125. Ab.-Vorst. Farbe: weiß.
Anfang 7½ Uhr. Ende nach 10 Uhr.
Zum letztenmale:
Macbeth.
Trauerspiel in 5 Akten v. W. Shakespeare.
Personen:
Duncan, König von Schottland . . . . Julius Haller.
Malcolm, Don Ibain, Söhne seine Macbeth's Anführer d. Kgl. Heeres: Gust. Gregorky, Friedrich Bohnsack, Hans Schreiner, Albert Kühne.
Banquo, Macduff, Lenox, Rohhe, Angus, Fleance, Banquo's Sohn, schottische Edelleute: Ferd. Rinaldo, Georg Köhler, Friedr. Küsthar, Karl Müller, Klara Dettler.
Siward Graf v. Northumberland, Führer der engl. Truppen . Peter Weiß.
Der junge Siward, sein Sohn . . . . . Julius Bauer.
Seyton, ein Offizier in Macbeth's Gefolge . Cäsar Mangraf
Macduff's kleiner Sohn Curt Schmilsun.
Ein schottischer Arzt . Gottfried Greger
Ein Krieger . . . . Karl Müller.
Ein Pförtner . . . . Johann Kaulo.
Lady Macbeth . . . A. Rinald Pauli
Lady Macduff . . . Fanny Wagner.
Eine Kammerfrau der Lady Macbeth . . Anna Lissé.
Hecate . . . . . Helene Orla.
Erste, Zweite, Dritte Hexe . . . . Friedrich Reinicke, Ad. Schumacher, Adolf Dalwig.
Ein bewaffnetes Haupt Otto Schröder.
Ein blutiges Kind . . Max Caprano.
Ein gekröntes Haupt . Jenny Schneider
Lords, Edelleute, Anführer, Krieger, Soldaten, Mörder, Boten, Banquos Geist und andere Erscheinungen.
Szene: Schottland, zu Ende des 4. Aufzuges: England.
Nach dem 1. und 3. Akt Pause.
Zu dieser Vorstellung haben Schüleranweisungen Gültigkeit.
Freitag den 8. März.
164. Vorst. 126. Ab.-Vorst. Farbe: rot.

Der fliegende Holländer.
Romantische Oper in 3 Aufzügen von Richard Wagner.

National-Theater.
Mittwoch den 6. März.
Muttersegen.
Schauspiel mit Gesang in 5 Akten.
Donnerstag den 7. März.
Das alte Lied.
Schauspiel von Philippi.
Freitag den 8. März.
Maurer und Schlosser.
Volksstück mit Gesang von Pohl.

Walhalla-Theater.
Direktion: Richard Haber.
Durchweg neuer Spielplan!
Die Hugoston-Truppe, Elite-Parterre Akrobaten. — Die Gesellschaft John Bull, Pantomimen-Darsteller. — Brothers Sam und Freddy, Knockabouts. — Herr Paul Carro, Bauchredner mit automatischen Figuren. — Mrs und Mr. Charles Paulo, Grotesk-Gesangs und Tanz Duettisten. — Miß Nellie, Verwandlungskünstlerin. — Fräulein Lilly Wallau, Kostümsoubrette. Herr Max Frey, Gesangs und Charakter Humorist.
Beginn 8 Uhr. Ende 11 Uhr.

Formerpinsel, la,
empfehlen
Georg Zeisings Drogerien.

Große Auswahl
feinster Kuchenwaren
Geiststraße 41. Karlstraße 1.

Fenchelhonig,
gegen Husten und Heiserkeit bei Kindern empfehlen
Georg Zeisings Drogerien.

Restaurant & Café A. Bribach.
Angenehmes Verkehrslokal
hält sich gefl. Beachtung bestens empf.

Sämtl. Parteischriften
empfiehlt Die Volksbuchhandlung.

Holzschiebekisten in allen Größen.
Große Märkerstraße 23.

Ein großer Zughund ist zu verkauf.
Ho zweitzig. Albert Jacob.

Umzugshalb. ein gebr. Kinderwagen billig zu verkaufen Burgstraße 13.

Umzugshalb. billig zu verk.: Bücherregal, Kleiderschrank Küchenreck, Bilder u. a. m. Thorstraße 52 Hof p.

Scheuertücher liefert spottbillig
Heinr. Jacoby, gr. Ulrichstr 49.

Loeste Hof
Wohnungen mit Garten
von 105—160 M zu vermieten. Meldungen bei Inspektor L. Mauss, Schmiedestraße 36.

Eine Wohnung f. einz. Leute St., K., K., für 75 M zu verm. Dienitz 45 a.

Wohnungen für 95, 50 und 38 Thlr. per 1. April zu vermieten.
Näheres Harz 6. Kontor.

Frdl. Hofwohn., St., K. u. Zub. 1. Ap. Zu erfr. Friedrichstr. 22 i. Lad.

Frdl. Stube als Schlafstelle zu verm. Geiststraße 23, H. II l.

Wir gratulieren dem Zimmermann Fr. Lange zu seinem Geburtstage.
H. A. Maslow gratulieren wir zum 31. Wiegenfeste und bringen ihm ein 3mal donn. Hoch, daß A. m. d. Z. klapp.

Verspätet!
Herrn Wilh. Franke zu seinem Wiegenfeste in dreimal donnerndes Hoch, daß die Günthersche Brauerei wackelt und Wilhelm nach der Sandstiege zappelt.
Die durstigen Seelen.

O was hat der Winter nicht alles angerichtet, meine Freunde haben das Gehirn und den Verstand erkältet. Da hilft auch keine Schmalzmilch, da helfen nur Wasserumschläge, damit ihr meinen Namenstag behalten lernet. K. V.

Verlag und für die Inserate verantwortlich: Aug. Groß, Halle. — Druck der Hallischen Buchdruckerei [illegible]

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-170675262189503 07-15/fragment/page=0004